

**Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung der Stadtvertretung
am Donnerstag, dem 19. Mai 2010, um 19:00 Uhr,
im großen Saal des Regionalen Bürgerzentrums, Am Markt 2**

Anwesend:

Vorsitzender:	Bürgervorsteher Ellefsen
Weitere Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter:	Frau Beyer, Herr Beyer, Herr Bsdenga, Herr Christensen, Herr Eckert, Frau Höll, Herr Huep, Frau Knarr, Frau Kroske, Herr Kruse (ab 19:25 Uhr), Herr Lerbs, Herr Pahl, Frau Prange, Frau Reuter, Herr Rose, Herr Siering, Frau Voß, Frau Wilken
Bürgermeister:	Herr Hein
Protokollführer:	Herr Warnholz
Nicht anwesende Stadtvertreterinnen oder Stadtvertreter:	Herr Bredenbeck, Frau Dreßler, Herr Marsau, Herr Reichelt
Andere Anwesende:	Frau Oehlers (Fachbereich Gesellschaftl. Angelegenheiten) Herr Löptien (Leiter Heinrich-Heine-Schule) Herr Faust (Seniorenbeirat)
Nach § 22 GO ausgeschlossene Teilnehmerinnen und Teilnehmer:	-
Zuhörerinnen und Zuhörer:	ca. 125 Person

Vor Eröffnung der Sitzung dankt Bürgervorsteher Ellefsen den zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörern für Ihre Teilnahme an dieser Sondersitzung.

Der Bürgervorsteher eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Stadtvertretung beschlussfähig ist. Die Einladung und die Sitzungsvorlage sind den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern unter Verkürzung der Ladungsfrist zugestellt worden.

Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Protest gegen die beabsichtigte erneute Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Eingangs weist Bürgervorsteher Ellefsen auf einen Artikel in den Kieler Nachrichten vom Sonnabend, dem 15.05.2010 hin, in dem über den geplanten Protest berichtet wurde. Hierzu teilt er mit, dass er zu dem Zeitpunkt des Interviews noch nicht gewusst habe, dass, um eine Vorabberichterstattung zu vermeiden, keine Informationen an die Presse gegeben werden sollten.

Der Bürgervorsteher führt in die Vorlage ein und erläutert die letzte große Änderung des Schulgesetzes im Jahr 2007. Nun läge ein Referentenentwurf vor, der weitere Änderungen vorsehe. Hierzu habe der Städteverband als kommunale Interessenvertretung ausführlich Stellung genommen und auf zahlreiche Probleme des neuen Gesetzentwurfs hingewiesen. Bürgervorsteher Ellefsen hebt hervor, dass durch die geplante Änderung des § 43 „Gemeinschaftsschule“ des Schulgesetzes, von der bisherigen Binnendifferenzierung Abstand genommen werde. Das bisherige Ziel der Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten in einer Klasse werde folglich aufgegeben. Dies sei de facto die Rückkehr zu dem dreigliedrigen Schulsystem und würde die in der Heinrich-Heine-Schule geleistete konzeptionelle Arbeit hinfällig machen. Ferner werde durch die geplante Gesetzesänderung die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe in der Heinrich-Heine-Schule wesentlich erschwert und von neuen Bedingungen abhängig gemacht, die bisher nicht gefordert waren. Der Bürgervorsteher erklärt, dass die Stadt Büdelsdorf für die gymnasiale Oberstufe kämpfen werde und verweist auf die vorbereiteten Protestplakate mit folgendem Text:

Wir fordern: Produktive Ruhe statt aktiver Verunsicherung!

Die geplante erneute Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes in der mit dem Referentenentwurf vorliegenden Form ist ein katastrophaler Rückschritt und zugleich ein Affront gegen Schulträger, Eltern und Lehrerkollegien. Die Leidtragenden sind unsere Kinder!

Im Vertrauen auf die Verbindlichkeit der Schulgesetznovelle 2007 und der damit verbundenen Reform des Schulwesens haben die Stadt Büdelsdorf und die Lehrerkollegien der Büdelsdorfer Schulen die Inhalte mit viel Leidenschaft, Kraft und Herzblut sowie erheblichem finanziellen Aufwand umgesetzt. Im Ergebnis hat sich daraus eine qualitätsvolle und für die Familien hoch attraktive Gemeinschaftsschule Büdelsdorf entwickelt.

**Das soll jetzt alles umsonst gewesen sein?
Nicht mit uns, Herr Klug!**

Wir fordern:

1. *Erhalt der Option für die Gemeinschaftsschulen auf Einrichtung der gymnasialen Oberstufe unter den bisher geltenden Bedingungen!*
2. *Klare Strukturen statt Konfusion und keine Rückkehr zum 3-gliedrigen Schulsystem durch die Hintertür! Die Binnendifferenzierung muss in den Gemeinschaftsschulen Pflicht bleiben!*
3. *Keine unsinnige Konkurrenz zwischen den Schularten! G8-Abitur über die allgemeinbildenden Gymnasien und G9-Abitur ausschließlich über die Gemeinschaftsschulen und die berufsbildenden Schulen (Fachgymnasien)!*
4. *Schulsozialarbeit ist Bildungsarbeit – Klares Bekenntnis des Landes zur Mitverantwortung und Mitfinanzierung dieser wichtigen Aufgabe anstatt endloser Debatten über die ministeriellen Zuständigkeiten auf Landesebene!*
5. *Klare Vorgaben des Landes für angemessene und praktikable Schulkostenbeiträge!*
6. *Zeitnaher Start einer auskömmlichen und verlässlichen Schulbauförderung - keine Kopfpauschale und kein Gießkannenprinzip!*
7. *Verlässlichkeit und Kontinuität in der Schulpolitik – 10 Jahre Ruhe sind notwendig!*

Der Bürgervorsteher ruft die Anwesenden, soweit sie sich dem inhaltlich anschließen können, auf, die Protestplakate nach Ende der Sitzung zu unterzeichnen.

Bürgervorsteher Ellefsen bittet nun die Fraktionsvorsitzenden um Abgabe Ihrer Stellungnahmen.

Stadtvertreter Eckert erklärt für die SPD-Fraktion, dass die Politik, Verwaltung, Lehrkräfte und Eltern seit dem Jahr 2007 viel Arbeit in die Büdelsdorfer Gemeinschaftsschule investiert hätten. Im Herbst 2010 werde es 120 Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein geben, diese könnten nun nicht „plattgemacht werden“. Für die SPD sei gemeinsames Lernen wichtig. Sie stehe daher für den Fortschritt und somit das bisherige Schulgesetz.

Stadtvertreter Beyer erklärt für die CDU-Fraktion, dass das ständige Reformieren des Schulsystems aufhören müsse. Das dreigliedrige Schulsystem sei in Schleswig-Holstein von der großen Koalition beendet worden und die Heinrich-Heine-Schule sei ein gutes Beispiel für eine Gemeinschaftsschule. Der Bildungsminister habe durch die ständigen Diskussionen, unter anderem zum Thema G8-/G9-Abitur ein Chaos angerichtet und den Elternwillen und den der Pädagogen missachtet. Ziel der CDU sei es, die Heinrich-Heine-Schule in ihrer bisherigen Form zu erhalten und dort eine gymnasiale Oberstufe einzurichten. Der Ministerpräsident werde aufgefordert, keine erneute Änderung des Schulgesetzes zuzulassen.

Stadtvertreter Christensen erklärt für die BWG-Fraktion, dass sie die vorliegende Protest-Resolution voll und ganz unterstütze. Er berichtet über seine persönlichen Beweggründe, als Gymnasiallehrer an die Heinrich-Heine-Gemeinschaftsschule gewechselt zu haben. Würde die geplante Gesetzesänderung so beschlossen, wäre die bisher von Stadt und Schule geleistete Arbeit umsonst gewesen und es gäbe nur Verlierer. Er spricht sich dafür aus, das G8-Abitur an den allgemeinbildenden Gymnasien und das G9-Abitur an den Berufsbildenden Schulen (Fachgymnasien) sowie den Gemeinschaftsschulen anzubieten.

Stadtvertreter Kruse erscheint und nimmt an der weiteren Sitzung teil.

Bürgermeister Ellefsen stellt fest, dass sich die Fraktionen einig in ihrem Protest seien und erteilt dem Leiter der Heinrich-Heine-Schule das Wort.

Herr Löptien erklärt, dass das Konzept der Heinrich-Heine-Schule von allen Akteuren mit viel Zeit und Herzblut erarbeitet worden sei und bedankt sich für die Unterstützung durch die Stadt Büdelsdorf als Schulträger. Dieses Schulkonzept dürfe von daher nicht verändert werden. Durch die geplante Gesetzesänderung werde zudem der Begriff Gemeinschaftsschule verwässert. Die Schule brauche Verlässlichkeit und keine ständigen Reformen.

Bürgermeister Hein teilt mit, dass bei einem Gespräch im Bildungsministerium signalisiert worden wäre, dass die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe in Büdelsdorf vorstellbar sei, wenn dies mit den Schulträgern der Umlandgemeinden abgestimmt werde. Die Stadt Büdelsdorf wird mit den Umlandkommunen ein entsprechendes Konzept entwickeln, so dass im Herbst diesen Jahres Klarheit über die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Heinrich-Heine-Schule herrschen könnte. Der Bürgermeister fordert von der Landesregierung ein Förderprogramm, dass die Stadt Büdelsdorf bei der Schulentwicklungsplanung und -finanzierung wirksam unterstützt. An die Zuhörer gerichtet verspricht er, dass die Politik und die Verwaltung für eine gymnasiale Oberstufe in Büdelsdorf kämpfen werden.

Der Bürgermeister erteilt den Zuhörern das Wort.

Der Vater eines Büdelsdorf Schülers erklärt, dass bei einer Umsetzung der geplanten Änderungen den Kindern eine schulische Chance genommen werde. Er bittet, die Elternschaft über die Schulen über die weitere Entwicklung zu informieren. Bürgermeister Hein sagt dies zu.

Dagmar Thiemann wünscht sich für die Schulen 10 Jahre Ruhe vor weiteren Reformen, zumal die geplanten Änderungen keinen inhaltlichen Wert hätten. Die politischen Vertreter in Kiel hätten den Kontakt zur Basis verloren. Sie wüsche sich einen gemeinsamen Protest aller Gemeinschaftsschulen im Land. Darüber hinaus schlägt sie vor, individuell für jedes Kind darzustellen, welche Folgen die geplanten Änderungen hätten.

Jens Lübke erklärt, dass er und auch andere Eltern sich bewusst für die Heinrich-Heine-Schule entschieden hätten und das Land nicht im nachhinein andere Voraussetzungen für die Einrichtung einer gymnasiale Oberstufe festlegen könne. Die Eltern hätten ein Recht auf Vertrauensschutz. Er weist auf eine

Podiumsdiskussion am 04.06.2010 in Kiel hin, zu der über Herrn Löptien als Leiter der Heinrich-Heine-Schule eingeladen werden sollte.

Der Bürgervorsteher dankt für die Wortbeiträge und weist darauf hin, dass es sehr wichtig sei, dass weitere Aktionen auch durch die Elternschaft erfolgen und unterstützt werden.

Bürgervorsteher Ellefsen verweist auf die zentralen Punkte der zu verabschiedenden Resolution und lässt hierüber abstimmen.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Wir fordern: Produktive Ruhe statt aktiver Verunsicherung!

Die geplante erneute Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes in der mit dem Referentenentwurf vorliegenden Form ist ein katastrophaler Rückschritt und zugleich ein Affront gegen Schulträger, Eltern und Lehrerkollegien. Die Leidtragenden sind unsere Kinder!

Im Vertrauen auf die Verbindlichkeit der Schulgesetznovelle 2007 und der damit verbundenen Reform des Schulwesens haben die Stadt Büdelsdorf und die Lehrerkollegien der Büdelsdorfer Schulen die Inhalte mit viel Leidenschaft, Kraft und Herzblut sowie erheblichem finanziellen Aufwand umgesetzt. Im Ergebnis hat sich daraus eine qualitätsvolle und für die Familien hoch attraktive Gemeinschaftsschule Büdelsdorf entwickelt.

Das soll jetzt alles umsonst gewesen sein?

Nicht mit uns, Herr Klug!

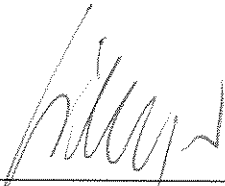
Wir fordern:

1. Erhalt der Option für die Gemeinschaftsschulen auf Einrichtung der gymnasialen Oberstufe unter den bisher geltenden Bedingungen!
2. Klare Strukturen statt Konfusion und keine Rückkehr zum 3-gliedrigen Schulsystem durch die Hintertür! Die Binnendifferenzierung muss in den Gemeinschaftsschulen Pflicht bleiben!
3. Keine unsinnige Konkurrenz zwischen den Schularten! G8-Abitur über die allgemeinbildenden Gymnasien und G9-Abitur ausschließlich über die Gemeinschaftsschulen und die berufsbildenden Schulen (Fachgymnasien)!
4. Schulsozialarbeit ist Bildungsarbeit – Klares Bekenntnis des Landes zur Mitverantwortung und Mitfinanzierung dieser wichtigen Aufgabe anstatt endloser Debatten über die ministeriellen Zuständigkeiten auf Landesebene!

5. Klare Vorgaben des Landes für angemessene und praktikable Schulkostenbeiträge!
6. Zeitnahe Start einer auskömmlichen und verlässlichen Schulbauförderung - keine Kopfpauschale und kein Gießkannenprinzip!
7. Verlässlichkeit und Kontinuität in der Schulpolitik – 10 Jahre Ruhe sind notwendig!

Bürgermeister Ellesen bittet um Unterzeichnung der Protestplakate, bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr



Bürgermeister



Protokollführer